

Europas Bauern gegen EU-Mercosur-Abkommen

Bewegungsarbeit bringt den Ratifizierungsprozess ins Schlingern

Initiiert von der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und in Kooperation mit der ÖBV/Via Campesina, der Europäischen Koordination Via Campesina (ECVC) und dem European Milk Board (EMB) wurde am 18. September die europäische Bauerndeklaration „Nein zum EU-Mercosur-Abkommen“ veröffentlicht. 43 Bauernorganisationen in 14 Ländern, darunter Belgien, Deutschland, Österreich, die Niederlande, Litauen, Norwegen und Kroatien, haben diese Deklaration gezeichnet und kurz vor dem informellen EU-Handelsrat am 20. und 21. September veröffentlicht und an ihre jeweiligen Handels- und Agrarminister geschickt. Dieser Handelsrat fand erstmalig unter der Federführung des neuen EU-Handelsministers Valdis Dombrovskis statt.

In der Pressemeldung verweisen die Bauernorganisationen darauf, dass das Freihandelsabkommen in einigen Mitgliedsstaaten auf Regierungsebene umstritten sei. Deutlich kritische Stimmen äußerten etwa Österreich, die Niederlande, Frankreich, Irland und Belgien. Deutschland, das aktuell die EU-Ratspräsidentschaft innehat, kündigte an, die Ratifizierung des EU-Mercosur-Abkommens vorantreiben zu wollen, auch wenn Bundeskanzlerin Angela Merkel sich in diesen Tagen kritisch zum Abkommen äußerte. Die Bauernorganisationen befürchten, dass Deutschland mit kleinen Korrekturen die kritischen Mitgliedsstaaten einfangen und zur Unterzeichnung bewegen könnte.

In Österreich haben sowohl Vizekanzler Werner Kogler (Grüne) als auch Agrarministerin Elisabeth Köstinger (ÖVP) einen Tag vor dem EU-Handelsrat erneut deutlich gemacht, dass Österreich dem Vertragsabschluss eine Absage erteilen will. „Mit uns wird es kein Mercosur-Abkommen geben“, lässt sich Köstinger im ORF zitieren. Auch Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner und Bundesentwicklungsminister Gerd Müller haben einen Brief an Brasiliens Regierung geschrieben und ihrer Sorge Ausdruck verliehen, die Exportausrichtung dürfe nicht mit einer zunehmenden Entwaldung einhergehen. Die Regierungen scheinen unter Druck zu kommen. Wie ernst sie es meinen und ob sie wirklich das EU-Mercosur-Abkommen stoppen, bleibt mehr als abzuwarten. Rückblickend zeigt uns der Ratifizierungsprozess des Handelsabkommens der EU mit Kanada (CETA), dass Belgien das Abkommen ablehnen wollte, aber so viel Druck bekommen hat, dass das Land am Ende einknickte und sich mit kleinen Nachbesserungen abspesen ließ. Das



Mercosur in die Tonne

Foto: Hixsch

BMEL setzt mit seiner Politik weiterhin stark auf Exportausrichtung und muss schon deshalb im Grundsatz an weiteren Freihandelsabkommen stark interessiert sein.

Katastrophale Auswirkungen

In Frankreich hat eine Expertenkommission, die von der französischen Regierung einberufen wurde, am 18. September eine Studie veröffentlicht, die im Kern den Rückschluss zieht, dass unter Berücksichtigung der Politik des jetzigen Präsidenten Bolsonaro mehr Rindfleisch nach Europa exportiert wird, dafür im Gegenzug Europa mehr Autos in den Mercosur exportiert und das habe desaströse Folgen für Klimaschutz und Artenvielfalt. Darüber hinaus forderten 30 in Frankreich ansässige Nichtregierungsorganisationen am 16. September Präsident Emmanuel Macron auf, das Abkommen zwischen der Europäischen Union und dem Mercosur, das „katastrophale“ Auswirkungen auf Klima, Wälder und Menschenrechte haben würde, „endgültig zu begraben“. Auch in Deutschland gibt es eine starke Bewegung. So fordert ein breites Bündnis von mittlerweile 74 Organisationen den Stopp des EU-Mercosur-Abkommens.

Aber nicht nur Bolsonaro ist das Problem, das gesamte EU-Mercosur-Abkommen steckt voller Tücken. Bei einer Ratifizierung sollen noch mal mehr die Sojaimporte angekurbelt werden. Auf Soja gibt es zwar keine Zölle mehr, aber zum Teil noch Exportsteuern, aus denen etwa Argentinien soziale Projekte finanziert. Die EU hat sich bei den Verhandlungen für deren Abschaffung stark gemacht, wodurch Soja für Europa noch billiger würde. Damit ebnet sie den Weg für mehr klimaschädliche Importe und widerspricht damit ihrem selbst gesetzten Ziel in der

Farm-to-Fork-Strategie, „Europa bis 2050 zu einem klimaneutralen Kontinent zu machen“ und mit „europäische(n) Lebensmittel(n) auch in puncto Nachhaltigkeit globale Maßstäbe zu setzen“. Außerdem schafft sie damit auch mögliche Instrumente ab, um den Außenhandel im Agrarsektor zu qualifizieren, im Sinne von Klimaschutz, Menschenrechten, Artenvielfalt, fairen Preise und Tierwohl. Nach Zahlen von Destatis belegte Deutschland im Jahr 2017 2,5 Millionen Hektar Agrarfläche außerhalb der EU.

Die europäischen Bäuerinnen und Bauern fordern ihre Regierungen auf, das EU-Mercosur-Abkommen zu stoppen. Martin Schulz, Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sagt: „Die Bauernfamilien in Europa stehen vor großen Herausforderungen, klimaverträglicher und tiergerechter Lebensmittel zu erzeugen, was höhere Kosten auf den Betrieben mit sich bringt. Gleichzeitig führen die steigenden und unqualifizierten Importe aus den Mercosur-Ländern zusätzlich zu steigendem Preisdruck bei den europäischen Bauernfamilien. Diese Handelspolitik und die ungleichen Produktions-, Umwelt- und Sozialstandards zugunsten der Agrarindustrie beschleunigen das Ende von bäuerlichen Betrieben auf beiden Seiten des Atlantiks.“ Die Bäuerinnen und Bauern fordern eine Handelspolitik für faire und kostendeckende Erzeugerpreise weltweit, für Klimaschutz, Artenvielfalt und Tierwohl, für Menschenrechte, für bäuerliche Strukturen, für regionale Lebensmittel, für den Erhalt und die Weiterentwicklung europäischer Standards und für faire Arbeitsbedingungen.

Berit Thomsen, AbL-Referentin für Internationale Agrarpolitik

Geld richtig lenken

Die Bürger AG ist eine Beteiligungsgesellschaft, die vor allem in ökologisch wirtschaftende Bauernhöfe in der Region um Frankfurt investiert. Aktuell unterstützt die Bürger AG elf Betriebe und Projekte. Die Auswirkungen der Klimakrise und der Coronapandemie auf den Geschäftsbetrieb der beteiligten Gesellschaften fielen vergleichsweise moderat aus. Alle Betriebe konnten die Dürrejahre durch Umstellungen und ein verbessertes Wassermanagement bewältigen. Gestiegene Verkaufspreise gleichen die Ernteeinbußen teilweise aus. Saisonarbeitskräfte fehlen den Betrieben in der Coronakrise nicht, da die meisten Betriebe auf Dauerarbeitsstellen setzen. Die Pandemie steigert sogar die Nachfrage nach regional erzeugten Lebensmitteln. „Ökologisch wirtschaftende Betriebe kommen gut durch die Krisen“, zeigt sich Joerg Weber, Vorstand der Bürger AG zufrieden. Weber weist auf die günstige Aktionsstruktur hin: „96 % des Kapitals stellen private Verbraucher*innen, davon 47% Frauen. Ein solch ausgeglichenes Geschlechterverhältnis unter den Aktionär*innen ist in deutschen Kapitalgesellschaften die Ausnahme.“ *mn*
[www. Buerger-ag-frm.de](http://www.Buerger-ag-frm.de)